

SCHWEDEN

Gewerkschaftsmonitor

März 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das äußerst knappe Wahlergebnis am 9. September 2018 und die im Wahlkampf verhärteten Fronten zwischen den politischen Blöcken haben die Regierungsbildung sehr schwierig gemacht. Nach vier Monaten langwieriger und komplizierter Regierungsverhandlungen wurde am 18. Januar 2019 erneut der Sozialdemokrat Stefan Löfven zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Sozialdemokraten bildeten gemeinsam mit den Grünen eine Minderheitsregierung und sicherten sich dank der Unterstützung durch die Zentrumsparterie und die Liberalen eine Mehrheit bei der Wahl des Ministerpräsidenten. Die Linkspartei hatte sich enthalten und damit die Wiederwahl Löfvens ermöglicht.

Vor allem das Erstarken der rechtspopulistischen Schwedendemokraten hatte die Regierungsbildung verkompliziert. Um den Einfluss der Rechtspopulisten zu minimieren, wurden von allen Seiten Zugeständnisse gemacht. Die Parteien der Minderheitsregierung – Sozialdemokraten und Grüne – sicherten sich die Duldung durch die Liberalen und die Zentrumsparterie mit dem 16-seitigen Regierungsprogramm (Januar-Abkommen). Damit konnten die Sozialdemokraten den bürgerlichen Block liberaler, konservativer und rechter Parteien, die traditionell nicht mit den Parteien des linken Lagers zusammenarbeiten, aufbrechen. Allerdings geschah dies zu einem hohen Preis. Denn im Gegensatz zum Wahlprogramm der Sozialdemokraten, das den Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die Stärkung der Arbeitnehmer_innenrechte forderte, enthält das Abkommen einige Vorhaben, die zentrale Forderungen der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf waren. Beispiele sind eine Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen, eine Lockerung des Arbeits- und Kündigungsschutzes und eine Einschränkung des Streikrechtes.

Deutlich war, dass einige der beschlossenen neoliberalen Reformen sehr wenig Platz für progressive Politik boten. Kritiker, allen voran die Gewerkschaften, fürchteten daher eine

Zunahme der sozialen Ungleichheit mit langfristigen Folgen für das schwedische Wohlfahrtsmodell. Entsprechend standen die Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsdachverband LO, die das Januar-Abkommen unterstützt haben, unter Druck.

Ein schwieriger Start der Regierungskoalition und die nicht endende Gewalt zwischen kriminellen Banden in den Vororten schwedischer Großstädte haben die Unzufriedenheit mit der Regierung ansteigen lassen. Profitiert haben die rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Deren Umfragewerte sind stark gestiegen. Sie standen vor Ausbruch der Pandemie gleichauf mit den Sozialdemokraten in der Wählergunst. Die Sozialdemokraten konnten aber während der Pandemie erneut Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen und sind seit März 2020 wieder stärkste Kraft.

Im Sommer 2021 brach das »Januar-Abkommen« in sich zusammen. Die Linkspartei kündigte an, in einer sachpolitischen Frage gegen die Regierung zu stimmen. Die Minderheitsregierung verlor das anschließende Misstrauensvotum. Zwar konnte sich Löfven die Duldung durch die Zentrumsparterie und die Linkspartei erneut sichern und eine Regierung bilden, das Verhältnis zwischen den beiden Duldungsparteien veränderte sich allerdings nicht. Nach wie vor weigerte sich die Zentrumsparterie, mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten. Die Linkspartei wiederum forderte mehr Einfluss auf die Regierungspolitik.

Auf dem Parteitag im November 2021 trat Stefan Löfven zurück und Magdalena Andersson wurde an seiner statt zur Parteivorsitzenden gewählt. Um als Ministerpräsidentin gewählt zu werden, brauchte sie erneut das Vertrauen der Duldungsparteien. Diese knüpften ihr Versprechen, nicht gegen die Kandidatur Anderssons als Premier zu stimmen an die Forderung nach einem Mitspracherecht bei der Regierungsarbeit und Zugeständnissen im Haushaltsentwurf der Regierung. Wegen dieser Zugeständnisse verweigerte allerdings nun ihrerseits die Zentrumsparterie ihre Unterstützung zum Haushaltsentwurf der Regierung. Der Budgetentwurf der Regierung bekam als Folge keine Mehrheit, wodurch eine Besonderheit der schwedischen Verfassung in Kraft trat, die

besagt, dass in einer solchen Situation der Haushaltsentwurf verabschiedet wird, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. In diesem Fall konnte sich der Budgetentwurf der konservativ-rechtspopulistischen Oppositionsparteien (Moderaten, Christdemokraten und Schwedendemokraten) durchsetzen. Damit hätte die rot-grüne Minderheitsregierung einen Oppositionshaushalt umsetzen müssen, der ausgerechnet die Handschrift der rechtspopulistischen Schwedendemokraten trägt. Dies wollten die Grünen nicht akzeptieren und verließen daraufhin die gemeinsame Regierungszusammenarbeit. Sie betrachteten sich als große Verlierer der Regierungs- und Haushaltsverhandlungen, nachdem sie den Etatentwurf der Regierung überhaupt erst nach schwierigen Verhandlungen mit der Zentrumsparterie über die Nutzung von Flussufern und die Bestimmungen einer nachhaltigen Forstwirtschaft möglich gemacht hatten. Andererseits war die Zeit als Juniorpartner der Sozialdemokraten auch sehr schwierig für die Grünen gewesen. Sie schafften es wegen der starken Polarisierung der schwedischen Politik nicht, mit ihren Kernthemen zu den Wähler_innen durchzudringen. In Umfragen dümpeln sie aktuell an der Vier-Prozent-Hürde herum und bangen um ihren Wiedereinzug ins schwedische Parlament.

Die politische Landschaft hat sich seit 2018 entscheidend gewandelt. Die Christdemokraten und die Moderaten hatten sich zunächst für eine thematische Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten ausgesprochen. Im Herbst 2021 konnten die konservativ-rechtspopulistischen Oppositionsparteien einen gemeinsamen Haushalt durchsetzen. Damit ist klar, dass falls es eine konservative Regierung geben sollte, die Schwedendemokraten diese stark beeinflussen. Im März 2021 änderten die krisengeschüttelten Liberalen, die seit Oktober 2020 nie mehr als 3 Prozent in den Meinungsumfragen erhielten, ihre Position und beschlossen, eine bürgerliche Regierung anzustreben, obwohl diese von der Unterstützung der Schwedendemokraten abhängig sein würde. Parallel dazu hatte sich die Zentrumsparterie dafür ausgesprochen, sich die Option offen zu halten, nach der kommenden Wahl Teil einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu sein.

Mit zwei Parteien (den Liberalen und den Grünen) sehr nah an der Vier-Prozent-Hürde ist es schwierig, die Ergebnisse der anstehenden Parlamentswahlen, die gleichzeitig mit den Kommunal- und Regionalwahlen im September 2022 stattfinden, zu antizipieren. Magdalena Andersson ist als Premier und Parteivorsitzende sehr gut angekommen. Seit ihrer Wahl haben die Sozialdemokraten noch leicht zugelegt und liegen nach aktuellen Umfragen bei 30 Prozent. Gleichzeitig sind die Grünen geschwächt und die zwei möglichen Duldungsparteien (die Linkspartei und die Zentrumsparterie) wollen auch weiter nicht zusammenarbeiten. Eine Mehrheit für eine neue progressive Regierung zu sichern wird vermutlich erneut eine Herausforderung.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Das Wachstum der schwedischen Wirtschaft schwächte sich bereits vor der Corona-Pandemie ab. Im Jahr 2020 sank das BIP aufgrund der durch COVID-19 allgemein ungünstigen

konjunkturellen Lage um 2,8 Prozent. Aber 2021 hat sich die schwedische Wirtschaft gut entwickelt, das BIP ist mit etwa 4 Prozent fast doppelt so schnell gewachsen wie in den Durchschnittsprognosen 2020. Die Wachstumsprognose des schwedischen Finanzministeriums (Dezember 2021) prognostiziert für 2022 ein BIP von 3,4 Prozent und für 2023 1,4 Prozent.

Zwischen 2010 und 2019 wuchsen die Löhne nominal um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr. Unter Berücksichtigung der niedrigen Inflation in diesem Zeitraum betrug die reale Lohnerhöhung damit 1,2 Prozent im jährlichen Durchschnitt. 2021 betrug der Zuwachs der Löhne nominal durchschnittlich 2,8 Prozent. Die reale Lohnerhöhung lag durchschnittlich bei 0,5 Prozent. Die Inflation befand sich 2019 auf einem Niveau von 1,8 Prozent und 2020 bei 0,5 Prozent, während 2021 die Inflation stark gestiegen ist. Im Dezember 2021 lag sie bei 4,1 Prozent. Die Gründe sind hauptsächlich die im historischen Vergleich hohen Preise für Elektrizität und die anhaltenden Verzögerungen in den internationalen Lieferketten.

Die Arbeitslosenquote kletterte im Jahr 2021 pandemiebedingt auf 11 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit zeigte sich 2020 mit 24 Prozent sehr hoch, wobei diese Zahl aufgrund der Art ihrer Berechnung nur schwer mit beispielsweise der deutschen Statistik vergleichbar ist. Wie den zuvor angeführten günstigen Prognosen für das BIP in den nächsten beiden Jahren zu entnehmen ist, zeigt sich die schwedische Wirtschaft in der Krise weitestgehend robust und darf mit einer schnellen Erholung rechnen. Dafür ist nicht zuletzt die erfolgreiche schwedische Exportbranche verantwortlich, die in der Corona vorangegangenen Hochkonjunkturphase mehr Waren absetzen konnte. Durch den schwedischen Sonderweg bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie waren außerdem viele Branchen innerhalb des Landes nicht den gleichen Schwierigkeiten ausgesetzt wie im europäischen Ausland, was sich positiv auf den Binnenkonsum auswirkte. Nach wie vor ist Deutschland Schwedens international größter Handelspartner. Etwa 20 Prozent aller nach Schweden importierten Waren kommen aus Deutschland.

2020 hat die sozialdemokratische Finanzministerin die Abkehr vom schwedischen Modell der »Schwarzen Null« beschlossen. Seit der schwedischen Wirtschaftskrise Anfang der neunziger Jahre hatte Schweden einen Staatshaushalt, der ein »Überschussziel« enthält. Vereinfacht erklärt: Die Einnahmen des Staats sollen über einen Konjunkturzyklus die Ausgaben mit einem Prozent des BIPs übersteigen. Mit der Lockerung der Haushaltsdisziplin war nun der Weg für dringend benötigte öffentliche Investitionen frei.

Während sich die öffentliche Hand über die letzten Jahre durch die Fiskalregeln entschulden konnte, stieg im Gegenzug die Verschuldung der privaten Haushalte stark an. Entsprechend wurde der Binnenkonsum befeuert. Die Schulden privater Haushalte haben sich seit Mitte der neunziger Jahre stärker erhöht als die Einkommen. Andererseits ist die Schuldenquote im Verhältnis zum finanziellen Vermögen der privaten Haushalte relativ konstant geblieben. Zinsquote und die Schuldenkosten der privaten Haushalte sind sogar gesunken. Dennoch befindet sich die private Schuldenquote heute auf

einem Rekordhoch. Gegenwärtig lasten auf den privaten Haushalten im Schnitt Kredite in Höhe von 195 Prozent des verfügbaren Einkommens – rund doppelt so viel wie in Deutschland.

Die Einkommensunterschiede in Schweden sind in den letzten Jahrzehnten stark angewachsen. Der Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung misst, betrug 2020 0,27. In den 1970er Jahren waren es dagegen etwa 0,2. Der Anstieg der Einkommensungleichheit geht hauptsächlich auf die Zunahme der Kapitaleinkommen zurück, die geringer besteuert werden als die Einkommen aus Löhnen. Von dieser Entwicklung konnten vor allem die oberen Einkommensgruppen profitieren. Verantwortlich für den Anstieg der Kapitaleinkommen in Schweden waren unter anderem die steigenden Immobilienpreise. Denn eine geringe Bautätigkeit der öffentlichen Hand hat die Nachfrage nach Immobilien ansteigen lassen. Darüber hinaus sind das Arbeitslosengeld und andere Einkommensersatzleistungen dem Anstieg der Löhne nicht gefolgt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das Januar-Abkommen ist von mehreren einflussreichen Gewerkschaften kritisiert worden. Es hat auch Auswirkungen auf die historisch sehr enge Verbindung zwischen den schwedischen Sozialdemokraten und dem größten schwedischen Gewerkschaftsdachverband LO gehabt. Die LO hat sich für den Wahlkampf 2022 aber wieder für die Sozialdemokraten ausgesprochen, finanzielle Mittel sind für den sozialdemokratischen Wahlkampf zur Verfügung gestellt worden. Zudem sitzen der Vorsitzende von LO und weitere Vorsitzende von LO-Mitgliedsgewerkschaften im Vorstand der Sozialdemokraten. Die Beziehung zwischen LO und der Partei hat sich aber nach dem Januar-Abkommen zusehends verschlechtert, ähnlich wie die Beziehung zwischen einigen der Mitgliederorganisationen und LO. Die Regierung Magdalena Andersson ist aber bewusst mit mehreren Minister_innen mit Gewerkschaftshintergrund besetzt worden. Zum Beispiel ist der ehemalige Vorsitzende von LO, Karl-Petter Thorwaldsson Minister für Wirtschaft geworden und der Generalsekretär Tobias Baudin wurde direkt von der LO-Gewerkschaft Kommunal geholt.

2020 wurde ein neues Zentralabkommen verabschiedet. Dieses Mal unter starkem Druck des Staates und ohne LO, was nur wenige Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre. Wären die Sozialpartner bezüglich der im Januar-Abkommen versprochenen Lockerungen des Arbeits- und Kündigungsschutzes nicht zu einer Einigung gelangt, hätte die Regierung selbst eine gesetzliche Regelung erarbeitet. Dies wollten die Sozialpartner aber vermeiden. LO hat sich schließlich aus dem Abkommen zurückgezogen, aber ihre zwei größten LO-Mitgliedsgewerkschaften, Kommunal und IF Metall, sind ausgeschert und haben letzten Endes das Zentralabkommen mit dem Verhandlungs- und Kooperationsrat der Privatangestellten und der Arbeitgeberorganisation Schwedens Svenskt Näringsliv doch unterzeichnet. LO entschied, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wieder aufzunehmen und ist 2021 Teil des Zentralabkommens geworden, um dieselben Kündigungsbedingungen für ihre Mitglieder zu sichern, die

bei öffentlichen Arbeitgebern gelten. LO versuchte einerseits damit, die Attraktivität der Mitgliedschaft bei ihren Verbands-gewerkschaften gegenüber den Gewerkschaften des Dachverbands der Angestellten (TCO) zu verbessern. Andererseits versucht der LO-Verband, ihre Fragmentierung umzukehren. Gleichzeitig entscheiden alle LO-Mitglieder selbst, ob sie das Abkommen unterzeichnen wollen. Die Mitgliedsgewerkschaften haben unterschiedliche Bedürfnisse und wollen verschiedene Fragen in den Verhandlungen priorisieren.

Gegenüber den Initiativen der EU-Institutionen zur Stärkung der sozialen Integration in der EU, sind die schwedischen Gewerkschaften in Bezug auf die gewählten Mittel grundsätzlich skeptisch eingestellt. In ihren Augen widersprechen Versuche, die Arbeitsmarktpolitik politisch zu regulieren, der langen Tradition des Sozialdialogs in Schweden, der auf einem System der Kollektivverträge fußt. Der Sozialdialog mit den Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite wurde in den letzten Jahren gestärkt und von der Regierung aktiv unterstützt. Es herrscht nach wie vor der Konsens, dass die Sozialpartner weitgehend ohne staatliche Gesetzgebung die Arbeitswelt gestalten und regeln. Dieser Grundsatz gehört zur Grundlegitimation der Gewerkschaften, er bildet die Identität der Gewerkschaftsbewegung und wird entsprechend eisern verteidigt. Diese Haltung erklärt die starke Skepsis und zum Teil den Widerstand der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber Versuchen, auf europäischer Ebene eine EU-weite Arbeitsgesetzgebung zu erlassen. Als Reaktion auf die vermehrten Initiativen von EU-Institutionen, einheitliche europäische Arbeitsmarktregeln zu schaffen, haben die Gewerkschaften und die privaten Arbeitgeber 2018 einen gemeinsamen EU-Rat gegründet. Dieses Gremium befasst sich mit dem Verhältnis des schwedischen Tarifvertragsmodells und dem EU-Recht. Die gemeinsame Positionierung der Sozialpartner soll die Institution der Kollektivverträge als Grundpfeiler des schwedischen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsmodells wahren. Als Protest auf die starke Unterstützung des Europäischen Gewerkschaftsbund gegenüber einem Europäischen Mindestlohn, hat LO 2021 entschieden, die Zahlung ihres EGB-Mitgliedsbeitrages auszusetzen und an keinen weiteren Besprechungen des EGB-Exekutivkomitees teilzunehmen.

GEWERKSCHAFTEN IN SCHWEDEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im internationalen Vergleich ist der Organisationsgrad in Schweden nach wie vor sehr hoch. Dennoch hat es in den letzten 40 Jahren einen großen Mitgliederschwund gegeben. Seit den 1970er Jahren ist die Gewerkschaftsdichte um ca. 10 Prozent gesunken. Bis Mitte der 1990er Jahre stieg der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten auf 80 Prozent wegen der verstärkten Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt an. Seit der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre ist die Mitgliederzahl stetig gesunken. Das Jahr 2007 verzeichnete den größten Verlust an Mitgliedern in einem einzelnen Jahr. Die ausgetretenen Mitglieder waren sowohl Arbeiter_innen als auch Angestellte.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Schweden

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Landsorganisationen LO (Schwedischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Susanna Gideonsson Stv. Vorsitz: Therese Guovelin	1,4 Mio.	EGB, IGB
Tjänstemännens centralorganisation TCO (Schwedischer Berufsgewerkschaftsdachverband)	Vorsitz: Therese Svanström Stv. Vorsitz: Peter Hellberg	1,2 Mio.	EGB, IGB, NFS (Nordischer Gewerkschaftsrat)
Sveriges Akademikers Centralorganisation SACO (Schwedischer Akademikerverband)	Vorsitz: Göran Arrius Stv. Vorsitz: Richard Malmberg	945 000	EGB, IGB, NFS

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Schweden

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
IF-Metall (Schwedische Metallgewerkschaft)	LO	Vorsitz: Marie Nilsson Stv. Vorsitz: Thomas With	313 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Kommunal (Schwedische Gewerkschaft der kommunalen Beschäftigten)	LO	Vorsitz: Malin Ragnegård Stv. Vorsitz: Johan Ingelskog	520 000	PSI, EPSU, IUF, EFFAT, ITF, ETF, KNS (Nordischer Verband der kommunalen Beschäftigten), NOFS (Nordischer Verband der öffentlich Beschäftigten), NTF (Nordischer Verband der Transportgewerkschaften)
Unionen (Schwedische Gewerkschaft des Privatsektors)	TCO	Vorsitz: Martin Linder Stv. Vorsitz: Peter Hellberg	700 000	UNI, UNI Europa
Sveriges Ingenjörer SI-SE (Schwedischer Verband der Ingenieure)	SACO	Vorsitz: Ulrika Lindstrand Stv. Vorsitz: Per Norlander	162 000	UNI, UNI Europa
Svenska Byggnadsarbetareförbundet, Byggnads (Schwedische Bauarbeitergewerkschaft)	LO	Vorsitz: Johan Lindholm Stv. Vorsitz: Lars Hildingsson	100 000	BWI, EFBWW, NFBWW (Nordischer Verband der Baugewerkschaften)

Zum einen hat sich die Auflockerung des Gent-Systems, bei dem die Gewerkschaften das Arbeitslosenversicherungssystem selbst verwalten, negativ auf die Mitgliedschaftsentwicklung ausgewirkt. Maßgeblich hierzu beigetragen hat die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit der Mitgliedschaftsbeiträge unter der konservativen Regierung Reinfeldt, die den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen wollte. Somit schwand die Attraktivität der Gewerkschaftsmitgliedschaft vor allem für Werk tätige im Niedriglohnsektor, die sich eine Mitgliedschaft nur schwer leisten konnten. Diese Entscheidung wurde 2013 vom schwedischen Parlament teilweise zurückgenommen. Allerdings ist die Erstattungshöhe im Vergleich zur vorherigen Regel geringer.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen ist der Strukturwandel, der zu einem schrumpfenden industriellen Sektor und einem stetig wachsenden, aber schlechter organisierten Dienstleistungssektor geführt hat. Zugleich stieg der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der schwedischen Wirtschaft. Seit 2008 erholen sich die Gewerkschaften langsam vom Rückgang der Mitgliederzahlen. Allerdings profitieren vor allem die Mitgliedsgewerkschaften der Dachorganisationen der Angestellten (TCO) und der Akademikerberufe (SACO) davon. Anfang 2020 hat der Angestelltendachverband TCO erstmals LO überholt und wurde zum größten Dachverband Schwedens. Ende 2020 hat TCO dann die Lehrgewerkschaft an SACO verloren und LO ist wieder der größte Dachverband geworden.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die schwedische Gewerkschaftslandschaft ist von drei Gewerkschaftsverbänden geprägt, an die die Mehrheit der Einzelgewerkschaften angeschlossen ist. Die Gewerkschaften sind teils nach Berufsgruppen organisiert, teils breiter nach Branchen. Die Dachverbände stehen in guter und solidarischer Beziehung zueinander. Der schwedische Gewerkschaftsbund (Landsorganisationen, LO) ist der älteste und wurde 1898 gegründet. LO hat 14 Mitgliedsgewerkschaften, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor tätig sind und insgesamt etwa 1,4 Millionen Arbeitnehmer_innen organisieren. Seit Juni 2020 ist Susanna Gideonsson Vorsitzende. Sie war, bevor sie den LO-Vorsitz übernahm, Vorsitzende der LO-Teilgewerkschaft für Handel. Der Kommunalarbeiterverein (Kommunal) ist mit etwa 520 000 Mitgliedern die größte LO-Gewerkschaft.

Der schwedische Berufsgewerkschaftsdachverband, Tjänstemännens Centralorganisation (TCO) ist der zweitgrößte Dachverband Schwedens mit 12 Mitgliedsgewerkschaften und insgesamt etwa 1,2 Millionen Mitgliedern. TCO wurde 1944 gegründet und organisiert angestellte Arbeitnehmer_innen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Therese Svanström hat den Vorsitz im Dezember 2019 übernommen. Ihre Vorgängerin Eva Nordmark wurde im September 2019 Ministerin für Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Der schwedische Akademikerverband (Sveriges Akademikers Centralorganisation, SACO) wurde im Jahr 1947 gegründet und hat 22 Mitgliedsgewerkschaften und Berufsverbände mit insgesamt etwa 945 000 Mitgliedern. SACO wird von Göran Arrius geleitet.

Im Jahr 2020 lag der Organisationsgrad in Schweden bei insgesamt 68 Prozent, unter Arbeiter_innen bei 61 Prozent, unter Angestellten bei 73 Prozent. Zwischen 2006 und 2018 ist der Organisationsgrad unter Arbeiter_innen fast vier Mal stärker gesunken als unter Angestellten. 2019 und 2020 ist der Organisationsgrad wieder gestiegen und lag 2020 bei 68 Prozent. Die höchste Mitgliederdichte weist der öffentliche Sektor auf. In einigen LO-Gewerkschaften nimmt der Organisationsgrad weiter ab. Mit den größten Problemen hat der Verband der Gaststätten zu kämpfen, bei dem 2019 nur 28 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren.

Die Corona-Pandemie hat eine Wirtschaftskrise ausgelöst, die den schwedischen Arbeitsmarkt 2020 stark geprägt hat. Die Arbeitslosenversicherung gehört in Schweden nicht zum staatlichen Pflichtversicherungssystem, sondern wird von Mitgliederkassen verwaltet und mit einer Ausnahme von den Gewerkschaften geleitet (Gent-System). Aufgrund der durch die Wirtschaftskrise verursachten extremen Unsicherheit, aber auch durch ein gestärktes Arbeitslosengeld, haben die Gewerkschaften und das Arbeitslosenversicherungssystem im März und April 2020 einen nie dagewesenen Zustrom an Neumitgliedern erhalten. Insgesamt stieg die Anzahl der Mitglieder um 7,3 Prozent. Dadurch stieg der Organisationsgrad zum ersten Mal seit Mitte der 1990er Jahre. Nach einer Stabilisierung auf dem Niveau von 68 Prozent 2019 stieg er im

Jahr 2020 auf 69 Prozent. Der Anstieg betraf sowohl Arbeiter_innen (von 60 auf 61 Prozent) als auch Angestellte (72 auf 73 Prozent). Die Arbeitslosengeldkasse gewann während 2020 insgesamt 234 000 neue Mitglieder, ein Anstieg von fast sieben Prozent.

Alter und Herkunftsland können gleichfalls entscheidende Faktoren für den abnehmenden Organisationsgrad sein. Einerseits sind junge Arbeitskräfte weniger bereit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. So waren 2020 in Schweden 39 Prozent der jungen Arbeiter_innen im Alter von 16–24 Jahren Gewerkschaftsmitglieder. Dagegen waren 50 Prozent der 25–29-Jährigen Arbeiter_innen und 63 Prozent derselben Altersgruppe unter Angestellten organisiert. Andererseits sind unter den zugezogenen Arbeitskräften immer weniger Mitglied einer Gewerkschaft. Der Organisationsgrad unter den im Ausland geborenen Beschäftigten ist im Verlauf der Zeit drei Mal stärker gesunken als unter den in Schweden geborenen Arbeitnehmer_innen. Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besorgniserregend. Denn wegen des demografischen Wandels wird die schwedische Wirtschaft verstärkt Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigen. Eine zuwanderungsbedingte Schwächung des Organisationsgrads der Arbeitnehmer_innen wird zunehmend das schwedische System der Kollektivverträge und letztendlich das Wohlfahrtsmodell schwächen. Außerdem arbeiten viele aus dem Ausland stammende Arbeitnehmer_innen in schlechten Arbeitsverhältnissen. Seit zwei Jahren gibt es hier aber eine positive Entwicklung und die Gewerkschaftsmitgliedschaft der im Ausland geborenen Arbeitnehmer_innen stieg von 50 Prozent im Jahr 2018 auf 51 Prozent im Jahr 2019 und 52 Prozent 2020. Die Erhöhung des Organisationsgrads zählt aber immer noch zu den großen Herausforderungen der schwedischen Gewerkschaften.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Es gibt keine wesentlichen Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte. Die schwedischen Arbeitsbeziehungen sind relativ konfliktfrei, auch im Vergleich zu anderen nordischen Ländern. 2020 ist eine Mehrzahl der Tarifverträge neuverhandelt worden, ein neues Zentralabkommen wurde verabschiedet und nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie eine Wirtschaftskrise ausgelöst, die den schwedischen Arbeitsmarkt 2020 stark beeinflusst hat. Etwa 500 von ca. 670 Tarifverträgen sind 2020 ausgelaufen und mussten für etwa 3 Millionen Beschäftigte neuverhandelt werden. Die Verhandlungen wurden wegen der Pandemie um sieben Monate verschoben, letztendlich aber alle ohne Konflikte abgeschlossen. Verträge zur Kurzarbeit schlossen die Sozialpartner ebenfalls ab, allesamt auch konfliktfrei. Es gab 2020 keine Störungen des Betriebsfriedens aufgrund von Konflikten auf Verbandsverhandlungsebene und somit auch keine verlorenen Arbeitstage. Für Schlichtungen ist das staatliche schwedische »Vermittlungsinstitut« (Medlingsinstitutet/Swedish National Mediation Office) zuständig. Nach dem Super-Verhandlungsjahr 2020 ist 2021 im Vergleich sehr ruhig gewesen. Im Frühjahr 2022 stehen für viele schwedischen Unternehmen wieder Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf lokaler Ebene an. Die Ausgangsposition der Arbeitnehmer_

innen ist bei den nächsten lokalen Verhandlungen günstig, teils wegen des steigenden Fachkräftemangels, teils dank der guten Geschäftslage vieler Unternehmen. Die prognostizierten sinkenden Reallöhne werden die Verhandlungsposition der Unternehmen erschweren. Im Herbst 2022 werden die Vorstellungen der Gewerkschaften für die zentrale Super-Verhandlungsrunde im Frühjahr 2023 konkretisiert.

Dennoch hat das Januar-Abkommen zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften geführt. Beispielhaft hierfür ist das neue Gesetz zur Einschränkung des Streikrechts für Betriebe, die bereits an einen Tarifvertrag mit einer anderen Gewerkschaft gebunden sind. Grund für das Gesetz ist der Versuch der Regierung, den langen Konflikt im Hafen von Göteborg zu beenden, der von einer unabhängigen Gewerkschaft geführt wird. Laut dem neuen Gesetz darf nur im tarifpolitischen Zusammenhang gestreikt werden. Solidaritätsstreiks sind untersagt. Häufiger Kritikpunkt ist, dass die neue Streikrechtsbegrenzung sogenanntes »Vertragsshoping« ermöglicht, also einen Wechsel des Betriebs zu einem anderen Tarifvertrag, der günstiger für den Arbeitgeber ist. Zudem schränkt es die Gründung neuer Gewerkschaften ein. 2021 gab es neue Fälle von »Vertragsshoping«, die für »gelbe« Gewerkschaften Aufmerksamkeit generierten. »Gelbe« Gewerkschaften sind immer noch selten, am häufigsten gibt es sie im Bau und Elektroniksektor. Mit dem begrenzten Streikrecht werden diese Fälle wahrscheinlich üblicher werden, aber eher neue Unternehmen und Branchen betreffen als größere Unternehmen mit etablierten Beziehungen zu Gewerkschaften. Ein Rechtsfall, der nach wie vor das schwedische Arbeitsrecht beeinflusst, ist das sogenannte »Lex Laval« (nach dem Fall: »Viking – Laval – Ruffert«). Nach dem Urteil und der daraufhin erlassenen Gesetzgebung aus dem Jahr 2010, dürfen schwedische Gewerkschaften keine Arbeitskämpfmaßnahmen anwenden, um schwedische Tarifverträge in nicht-schwedischen Unternehmen durchzusetzen, solange der Arbeitgeber gleichgute Voraussetzungen in Kernbereichen (wie Lohn, Urlaub und Arbeitszeiten) anbietet. Dies hat sich 2017 allerdings mit einer Gesetzesänderung geändert und nun können wieder lokale Tarifverträge gefordert werden. Diese Kollektivverträge bieten jedoch bei weitem nicht die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter_innen, sondern nur einen Mindeststandard.

Schweden hat die acht Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterschrieben, insgesamt sind 94 Konventionen und 4 Protokolle ratifiziert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Aus internationaler Sicht ist der schwedische Arbeitsmarkt unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass Löhne und Arbeitsbedingungen hauptsächlich durch Tarifverträge reguliert werden. Die Abdeckung durch Tarifverträge ist hoch (2017: 89 Prozent, einschließlich vergleichbarer Vereinbarungen) und im Vergleich mit anderen nordischen Ländern ist die Anzahl der Konflikte niedrig. Alle Arbeitgeber, die Tarifverträge unterzeichnen, aber auch nicht-angeschlossene Arbeitgeber, die einen vergleichbaren Vertrag unterschrieben haben, müssen die

tarifvertraglichen Vereinbarungen für alle Arbeitnehmer_innen umsetzen, unabhängig davon, ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht.

Tarifverhandlungen in Schweden finden auf drei Ebenen statt: national, auf Branchenebene und lokal auf Betriebsebene. Die mit Abstand wichtigste Ebene ist die Branchenebene. Vertragsversicherungen und Hauptverträge werden hauptsächlich von der Industrie und den Gewerkschaftsdachverbänden auf nationaler Ebene verhandelt.

Seit 1997 gibt es ein branchenübergreifendes Abkommen zwischen den drei Gewerkschaftsdachverbänden und den Arbeitgebern, das festschreibt, dass die Beschlüsse in den Exportbranchen das Niveau der Lohn- und Gehaltsverhandlungen weitestgehend auch für andere Branchen setzen. Das nationale Vermittlungsamt verwendet dieses Abkommen, den sogenannten »Wirtschaftsmaßstab« (Industrimärket) als Standard für die Berechnung der Zuwachsraten für alle Lohn- und Gehaltserhöhungen. Das Abkommen ist gewerkschaftsübergreifend.

Das Recht der Industrie, als Maßstab für Löhne und Gehälter in anderen Sektoren zu gelten, wird jedoch zunehmend von Gewerkschaften in Frage gestellt. Gewerkschaften, die Arbeitnehmer_innen in Branchen vertreten, die binnenmarktorientiert sind oder für die öffentliche Hand arbeiten, fühlen sich benachteiligt durch die Vormacht der Exportsektoren. So hat unlängst die LO-Gewerkschaft Kommunal, die die einfachen Angestellten der Kommunen (mehrheitlich Frauen) vertritt, ihren Austritt aus diesem Abkommen verkündet, um für ihre Mitglieder höhere Abschlüsse und bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Andere Gewerkschaften schließen Verträge ohne konkrete Zahlen ab. Die Details werden in einem späteren Schritt bei Lohnverhandlungen auf Betriebsebene verhandelt. Diese Praxis wird wiederum von Anhängern des Exportsektorabkommens kritisiert, weil sie darin eine Auslöschung ihres Modells sehen und einen Kontrollverlust für die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung befürchten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Exportbranchen und letztendlich Arbeitsplätze gefährden könnte.

2020 ist der »Wirtschaftsmaßstab« für Gehaltssteigerungen auf 5,4 Prozent festgelegt worden bei einer Vertragslaufzeit von 29 Monaten, also bis zum 31. März 2023.

Die Tarifabdeckung/Tarifbindung funktioniert sehr gut als Standard für Löhne und Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Knapp 90 Prozent aller Beschäftigten sind tarifvertraglich abgesichert. Dennoch beginnt diese hohe Abdeckung zu bröckeln. Denn bei kleinen Unternehmen der privaten Dienstleistungsbranche, unter anderem der IT-Branche, ist die Tarifabdeckung am geringsten. Es gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Tarifvertrag besteht. Das betrifft auch die Start-up Szene. Eine andere Gruppe, bei der Ausnahmen die Regel sind, sind z. B. hochbezahlte Anwalt_innen, Berater_innen, Geschäftsführer_innen usw. Dank des noch hohen Organisationsgrads der Arbeitgeber besteht die Tarifabdeckung für die hochqualifizierten Branchen jedoch trotzdem weiter.

Als weitere Herausforderung für die Gewerkschaften gilt wegen des Arbeitskräftemangels in einigen Branchen die Zunahme der Entsendungen von ausländischen Arbeitskräften. Im Pandemiejahr 2020 sind 87 931 entsandte Arbeitnehmer_innen aus 64 Ländern in Schweden angemeldet worden, verglichen mit 72 552 entsandten Arbeitnehmer_innen im Jahre 2017. Der größte Anteil von Entsandten kam aus Polen und hat im Bausektor gearbeitet. Die Einhaltung der Bestimmungen des Tarifvertrags ist in diesen Branchen oft mangelhaft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Eine große Mehrheit der Schwed_innen ist nach wie vor der Meinung, dass Gewerkschaften wichtig sind für Lohnentwicklung, Arbeitsplatzsicherheit, Wohlfahrt und Demokratie. Allerdings gibt es Unzufriedenheit bezüglich des aktuellen Zustands der Gewerkschaften. Nur eine von drei Personen gibt an, dass sie Vertrauen in die Gewerkschaften hat. Diese Entwicklung ist das Ergebnis früherer Finanzskandale und liegt teilweise auch an der traditionell engen Beziehung zwischen LO und den Sozialdemokraten. Letzteres wird vor allem von Anhängern der Konservativen und Liberalen als problematisch empfunden. Das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften lässt sich aber auch durch die allgemeine Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Institutionen des Landes erklären. Entsprechend hoch sind die Zustimmungsraten in den Umfragen für die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die sich als Anti-Establishment Partei inszenieren.

Die LO-Gewerkschaften und die Sozialdemokraten pflegen historisch sehr enge Beziehungen. Die sozialdemokratische Partei ist sogar als ein Gewerkschaftsdachverband gegründet worden und hat bis zur Gründung von LO diese Funktion auch innegehabt. Bis einschließlich 1990 waren LO-Mitglieder automatisch Mitglieder der Sozialdemokraten. Nach wie vor sind sie mit zwei Mitgliedern im Parteivorstand der Sozialdemokraten vertreten. So haben die LO-Gewerkschaften einen starken direkten und indirekten Einfluss auf die sozialdemokratische Partei. Des Weiteren dienen sie oft als Rekrutierungsbecken für die politische Elite der Sozialdemokratie. Der ehemalige Ministerpräsident Löfven ist ehemaliger Vorsitzender der IF Metall, und der Generalsekretär der Partei Tobias Baudin kam direkt von der Gewerkschaft Kommunal, in der er Vorsitzender war. Auch andere Minister_innen der aktuellen Regierung haben einen Gewerkschaftshintergrund. LO unterstützt die Sozialdemokraten weiterhin finanziell und führt Kampagnen, um Stimmen und Mitglieder für die Sozialdemokraten zu gewinnen. Diese enge Zusammenarbeit wird seit dem Januar-Abkommen jedoch häufiger in Frage gestellt. Die Verbände TCO und SACO sind dagegen parteipolitisch unabhängig. Alle drei Dachverbände kooperieren nicht mit den rechtsnationalen Schwedendemokraten. Die Gewerkschaften haben keine einheitliche Meinung, ob es zeitgleich möglich ist, eine gewählte Position für die Schwedendemokraten mit einem Gewerkschaftsauftrag zu bekleiden. LO hat Richtlinien dazu, will aber weiter Freiraum für die jeweiligen Gewerkschaftsvorsitzendenräte lassen. Die LO-Handelsgewerkschaft (Handelsanställas Förbundet) und IF Metall haben

gewählte Repräsentant_innen der Gewerkschaften in den Betrieben, die gleichzeitig lokal als Politiker_innen für die Schwedendemokraten aktiv waren, aus ihren Gewerkschaften ausgeschlossen. Auch die LO-Transportarbeitergewerkschaft (Svenska Transportarbetareförbundet) hat einen aktiven Schwedendemokraten als Mitglied ausgeschlossen.

Es gibt keine bedeutende Konkurrenz unter den Gewerkschaften in Schweden, allerdings gibt es Gewerkschaften, die nicht an die Dachverbände angeschlossen sind. Eine der unabhängigen Gewerkschaften ist der Hafnarbeiterverband (Hamnarbetarförbundet). Dieser führt seit langem einen Konflikt (2016–2019) um ihre tarifpolitische Anerkennung, wodurch er sehr viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Aufgrund des Konflikts haben Regierung und Sozialpartner versucht, das Streikrecht zu überarbeiten, um Solidaritätsstreiks zu begrenzen. Die aktuelle gesetzliche Regelung sieht vor, dass das Streikrecht lediglich an tarifvertraglich gebundenen Arbeitsplätzen gilt.

Die schwedischen Gewerkschaften sind untereinander sehr gut vernetzt und international sehr präsent. Die Dachverbände und ihre Mitglieder sind Teil der internationalen Verbände EGB, IGB, und des Dachverbandes der nordischen Gewerkschaften NFS. Mehrere Gewerkschaftsvorsitzende haben auch hohe Positionen in den internationalen und europäischen Vereinigungen. Zusammen teilen sich die schwedischen Dachverbände ein Büro in Brüssel und nehmen aktiv an den politischen Prozessen vor Ort teil.

Dr. Philipp Fink, Leiter des Büros der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

Josefin Fürst, Wiss. Mitarbeiterin im Büro der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.